

Substanzielles Protokoll 182. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Freitag, 15. Dezember 2017, 17.00 Uhr bis 19.28 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Dr. Peter Küng (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Reto Rudolf (CVP)

Substanzielles Protokoll: Paulina Kerber

Anwesend: 124 Mitglieder

Abwesend: Urs Fehr (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 3. | 2017/311 | Weisung vom 13.09.2017:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2018 (Detailbudget und
Produktengruppen-Globalbudget) | FV |
| 13. | 2017/442 | E Postulat der SP-Fraktion vom 06.12.2017:
Verzicht auf eine Gebührenerhöhung in den Alters- und
Pflegezentren | VGU |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

3589. 2017/311

Weisung vom 13.09.2017:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2018 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 181, Beschluss-Nr. 3589/2017)

Beschlüsse:

Gemeinsame Behandlung der Anträge 085., 086. und 087.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Anträgen 085., 086. und 087.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): *Der Stadtrat hat den Antrag des Vereins geprüft und ist zum Schluss gekommen, dass man diesem Antrag grundsätzlich zustimmen kann, im Detail aber Auflagen erfüllt werden müssen. Man wird dem Verein kein Geld geben, dafür aber die Bewilligungsgespräche wie immer gratis durchführen und ihm danach die übliche Bewilligung und die zusätzlichen – mit den Auflagen verbundenen – Kosten auferlegen. Der Verein hinterlegte eine Bankgarantie und der Antrag befindet sich im Moment in der Prüfung. Es wird keine Ausgabe getätigt und es lässt sich darüber streiten, ob Ausgaben, die über die Bankgarantie finanziert werden, ins Budget eingestellt werden müssen. Falls heute etwas gestrichen würde, wäre dies ein Fall eines dringlichen Zusatzkredits. Es ist zwar keine Ausgabe, muss aber im Budget nachgeführt werden. Deshalb spielt es keine Rolle, was heute reingeschrieben oder gestrichen wird. Wenn wir nicht möchten, dass in Zürich Formel-E-Rennen stattfinden, müssen wir einen Vorstoss machen. Jetzt gilt es aber zu beurteilen, wie wir mit der Situation umgehen möchten. Wir können das Rennen ablehnen – es wird aber trotzdem stattfinden, ausser die Auflagen werden nicht erfüllt. Wir sind der Meinung, dass es nicht sehr zweckmässig ist, mittels Budgetdebatte Bewilligungsgesuche zu steuern. Wir finden das einen ziemlichen Fauxpas. Es fragt sich, ob wir diese Form von Gewaltentrennung und Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Stadtrat in dieser konkreten Form sinnvoll finden oder nicht. Bei der damaligen Diskussion zum Freestyle sprach der Stadtrat 376 Millionen im Rahmen der Tourismusförderung. Wir werden sehen, was der Stadtrat jetzt bei dieser Debatte vorschlägt und ob wir das ein zweites oder drittes Mal sehen möchten oder nicht.*

Sven Sobernheim (GLP): *Wenn Schutz und Rettung Zürich nicht in der Lage wäre Elektrofahrzeuge zu löschen, hätten wir seit 30 Jahren ein grosses Problem, denn*

Trams und Trolleybusse sind schon lange verbreitet. Die Veranstaltung an einem anderen Ort durchführen zu wollen, finde ich eine schwierige Aussage, weil man entweder für oder gegen eine Sache ist. Die Veranstaltung an einen anderen Ort, an dem es einen persönlich nicht betrifft, zu verschieben, finde ich falsch. Wir als GLP sind für ein solches Formel-E-Rennen, auch wenn ich selbst die Faszination nicht teile und nicht so genau weiss, ob ich diesen Event gut finde. Wir möchten dem Event aber keine Steine in den Weg legen. Auch ich glaube, dass es immer Autoverkehr in der Stadt geben wird. Wir möchten diesen zwar vermindern – mir ist es aber lieber, der Verkehr findet wenigstens mit Elektromotoren statt. Die Elektromobilität wird uns in den nächsten Jahrzehnten in vielen Bereichen unterstützen; ob in der Logistik, der Alltagsmobilität oder eben auch in der Freizeitmobilität.

Raphaël Tschanz (FDP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf für Antrag 185: Der Antrag von Felix Moser (Grüne) will das Autorennen verhindern. Es ist aber eine Veranstaltung, die vom Stadtrat bewilligt wird. Der Stadtrat bewilligt auch ganz andere Veranstaltungen wie beispielsweise den 1. Mai-Umzug oder das Sechseläuten. Wenn wir nun der Logik von Ihnen folgen würden, könnten wir im Prinzip alle Ausgaben, die im Zusammenhang mit irgendeiner Veranstaltung anfallen, als Grund zur Verhinderung einer solchen Veranstaltung nehmen. Wenn die Verhinderung des Autorennens das Ziel ist, muss das auch so kommuniziert werden. Zur Forderung, dass die Vorstandsmitglieder von E-Mobil Zürich in den Ausstand treten sollten, möchte ich Folgendes sagen: Markus Knauss (Grüne) müsste dann ja als VCS-GL-Mitglied im Prinzip bei jedem Veloantrag in den Ausstand treten.

Christian Traber (CVP): Ich bin zwar sehr sportinteressiert, möchte aber vorausschicken, dass ich mir keine Autorennen ansehe. Wir als CVP sind aber – vorausgesetzt alle Vorschriften des Bewilligungsverfahrens werden eingehalten – für eine solche Veranstaltung. Dies ist ein sehr operativer Entscheid. Es gibt Bewilligungsverfahren für jegliche Veranstaltungen und diese sind einzuhalten, auch wenn sie zugegebenermassen in diesem Fall etwas spät gekommen sind. Der Stadtrat hat in seinem Beschluss einiges bewilligt, aber auch viele Auflagen gemacht. Für uns ist absolut klar, dass bei Nichterfüllen der Auflagen das Rennen nicht stattfinden kann. Wenn die Auflagen aber eingehalten werden, muss der Stadtrat dieser Veranstaltung die Bewilligung erteilen. Ich gebe aber als Vertreter von Kreis 1 und 2 auch zu, dass die Enge, die schon das ganze Jahr mit verschiedenen Veranstaltungen belastet wird, vielleicht nicht der glücklichste Ort für die Austragung des Rennens ist. Wenn der Stadtrat das Rennen aber bewilligt, stehen wir hinter diesem Entscheid. Es ist ein Behördenentscheid und wenn man diesen politisch nicht will, muss man das mit einem Vorstoss entsprechend kundtun. Zum Thema der Feuerwehr möchte ich noch anfügen, dass sie nicht richtig zitiert wurde. Der Sprecher der Feuerwehr sagte im Tages-Anzeiger, dass sie im Bereich der Formel-E-Rennen noch keine Kenntnisse haben. Das bedeutet, sie müssen sich diese noch aneignen. Vielleicht kann das ja zu einem Knowhow-Transfer führen. Die Feuerwehr kann so in diesem Bereich weiter geschult werden und weitere Erfahrungen sammeln. Auch die Begleitveranstaltungen, die um das ganze Rennen herum stattfinden sollen, werden wahrscheinlich zu einem Erfahrungsaustausch, zu einem Knowhow-Transfer und zur Weiterentwicklung dieser Technik führen. Das Budget ist der falsche Ort, um über dieses Formel-E-Rennen zu diskutieren.

Roger Tognella (FDP): Ich habe das 250-seitige Dossier der ersten Eingabe mitgenommen. Es ist relativ dicht, also wenn noch irgendwelche Fragen offen sind, können wir das gemeinsam anschauen. Schutz und Rettung ist mir ein wichtiges Anliegen. Mit dem Thema Formel-E-Rennen betreten wir Neuland. Es ist aber auch für Schutz und Rettung interessant, dieses Neuland zu begehen. Das bedeutet nicht, dass

Schutz und Rettung in diesem Bereich keine Kompetenz hat. Im Gegenteil: Schutz und Rettung ist wahrscheinlich die erste Feuerwehrorganisation in der Schweiz, die sich Gedanken zu einem Löscheinsatz eines Elektroautos gemacht hat. Bei dem Rennen wird aber nicht Schutz und Rettung den ersten Löschangriff machen. Es wird dafür Spezialisten geben, die mit dem Rennen mitreisen. Man wird aber Schutz und Rettung miteinbeziehen, diesbezüglich ist auch ein gegenseitiges Interesse vorhanden. Ich möchte betonen, dass Schutz und Rettung sehr grosse Kompetenzen in diesem Bereich hat und wahrscheinlich auch dazu beitragen wird, dass Weiterbildung auf der anderen Seite geschieht.

Florian Utz (SP): *Ich möchte Christian Traber (CVP) für die Richtigstellung danken; es stimmt, dass ein Antrieb eines Formel-E-Fahrzeuges nicht vergleichbar mit einem Antrieb eines Tesla ist. Es braucht deshalb andere Kompetenzen, um einen solchen zu löschen. Schutz und Rettung hat diese nicht. Ich habe erst jetzt gerade durch Roger Tognella (FDP) erfahren, dass die Löschangriffe von Dritten, also von Privaten, die vom Veranstalter bereitgestellt werden, durchgeführt werden. Das ist auch für Schutz und Rettung eine neue Information. Wir sind der Meinung, dass man solche Fragen vorab und nicht im Rahmen einer Gemeinderatsdebatte klären sollte. Zum Thema des Ausstands; ich persönlich begrüsse die Ausstands-Regelung so wie sie im Rechtsgutachten festgehalten ist. Ich bin der Meinung, dass wir als Volksvertreter mit all unseren Interessen und unserem ganzen mitgebrachten Rucksack gewählt sind. Die Bevölkerung wählt uns nicht, um in den Ausstand zu treten, sondern um die Interessen, welche wir auch vorab transparent gemacht haben, zu vertreten. In diesem Sinne begrüsse ich die Antwort. Es ist aber ganz klar, dass die Antwort nicht nur für dieses Traktandum jetzt, sondern generell gilt.*

Walter Angst (AL): *Das erstellte Rechtsgutachten meint nicht, dass man einfach da, wo man persönlich durch einen Antrag im Budget betroffen ist, sich aus der Diskussion nimmt, sondern, dass man mitstimmt. Sich der Debatte zu entziehen, wie hier dies die beiden Herren machen, finde ich mehr als unangebracht.*

S. 218	25 2555 3111 0303	SICHERHEITSDÉPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Anschaffungen Maschinen, Geräte und Einrichtungen				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
085.	Antrag Stadtrat				1 000 000 100 000 N	Mehrheit Stefan Urech (SVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			100 000		1 000 000	Minderheit Felix Moser (Grüne) Referent, Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Kein Autorennen, bzw. zu viele offene Fragen (Budgetierung, Umwelt, Sicherheit)			

Der Rat stimmt dem Antrag von Raphaël Tschanz (FDP) mit 109 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
088	Akyol	Ezgi	AL	JA
171	Albrecht	Patrick	FDP	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
138	Anken	Walter	SVP	JA
013	Aubert	Marianne	SP	NEIN
137	Balsiger	Samuel	SVP	JA
121	Bartholdi	Roger	SVP	JA
105	Baumann	Markus	GLP	JA
168	Baumer	Michael	FDP	JA
018	Beer	Duri	SP	NEIN
114	Bertozzi	Roberto	SVP	JA
061	Blättler	Florian	SP	NEIN
133	Bodmer	Onorina	FDP	JA
031	Brander	Simone	SP	NEIN
120	Brunner	Alexander	FDP	JA
052	Bührig	Marcel	Grüne	NEIN
165	Bünger	Pablo	FDP	JA
069	Bürgisser	Balz	Grüne	NEIN
002	Bürki	Martin	FDP	JA
033	Denoth	Marco	SP	NEIN
009	Diggelmann	Simon	SP	NEIN
004	Egger	Heidi	SP	NEIN
167	Egger	Urs	FDP	JA
130	Egli	Andreas	FDP	JA
030	Egloff	Mathias	SP	NEIN
062	Erdem	Niyazi	SP	NEIN
127	Fehr	Urs	SVP	--
008	Fischer	Renate	SP	NEIN
015	Frei	Dorothea	SP	NEIN
045	Früh	Anjushka	SP	NEIN
101	Garcia	Isabel	GLP	JA
087	Garcia Nuñez	David	AL	JA
027	Glaser	Helen	SP	NEIN
135	Götzl	Martin	SVP	JA
020	Graf	Davy	SP	NEIN
102	Gredig	Corina	GLP	JA
082	Guggenheim	Eduard	AL	JA
048	Helfenstein	Urs	SP	NEIN
072	Hirsiger	Eva	Grüne	NEIN
011	Huber	Patrick Hadi	SP	NEIN
143	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
160	Hüni	Guido	GLP	JA
116	Huser	Christian	FDP	JA
175	Hüssy	Kurt	SVP	JA
108	im Oberdorf	Bernhard	SVP	JA
123	Iten	Stephan	SVP	JA
039	Kälin	Simon	Grüne	NEIN

014	Käppeli	Hans Jörg	SP	NEIN
086	Kirstein	Andreas	AL	JA
025	Kisker	Gabriele	Grüne	NEIN
118	Kleger	Thomas	FDP	JA
026	Knauss	Markus	Grüne	NEIN
147	Kobler	Raphael	FDP	JA
046	Kraft	Michael	SP	NEIN
099	Krayenbühl	Guy	GLP	JA
001	Küng	Peter	SP	NEIN
054	Kunz	Markus	Grüne	NEIN
068	Kurtulmus	Muammer	Grüne	NEIN
066	Lamprecht	Pascal	SP	NEIN
158	Landolt	Maleica	GLP	JA
134	Leiser	Albert	FDP	JA
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
178	Liebi	Elisabeth	SVP	JA
149	Luchsinger	Christoph	FDP	JA
077	Maino	Rosa	AL	JA
201	Manser	Joe A.	SP	NEIN
042	Manz	Mathias	SP	NEIN
163	Mariani	Mario	CVP	JA
051	Marti	Elena	Grüne	NEIN
154	Marty	Christoph	SVP	JA
071	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	NEIN
104	Merki	Markus	GLP	JA
161	Meyer	Pirmin	GLP	JA
140	Monn	Thomas	SVP	JA
024	Moser	Felix	Grüne	NEIN
152	Müller	Marcel	FDP	JA
173	Müller	Rolf	SVP	JA
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
032	Näf	Ursula	SP	NEIN
125	Osbahr	Thomas	SVP	JA
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	NEIN
115	Pflüger	Severin	FDP	JA
037	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	NEIN
073	Probst	Matthias	Grüne	NEIN
157	Regli	Daniel	SVP	JA
044	Renggli	Matthias	SP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	NEIN
112	Richter	Derek	SVP	JA
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	NEIN
097	Roy	Shaibal	GLP	JA
005	Rudolf	Reto	CVP	JA
055	Rykart Sutter	Karin	Grüne	NEIN
010	Sangines	Alan David	SP	NEIN
065	Savarioud	Marcel	SP	NEIN
003	Schatt	Heinz	SVP	JA
176	Schick	Peter	SVP	JA
089	Schiller	Christina	AL	JA

083	Schiwow	Michail	AL	JA
049	Schmid	Marion	SP	NEIN
170	Schmid	Michael	FDP	JA
146	Schoch	Elisabeth	FDP	JA
156	Schwendener	Thomas	SVP	JA
041	Seidler	Christine	SP	NEIN
110	Señorán	Maria del Carmen	SVP	JA
098	Siev	Ronny	GLP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	NEIN
151	Simon	Claudia	FDP	JA
124	Sinovicic	Dubravko	SVP	JA
107	Sobernheim	Sven	GLP	JA
017	Speck	Roger-Paul	SP	NEIN
034	Strub	Jean-Daniel	SP	NEIN
035	Tobler	Marcel	SP	NEIN
150	Tognella	Roger	FDP	JA
162	Traber	Christian	CVP	JA
166	Tschanz	Raphaël	FDP	JA
183	Urben	Michel	SP	NEIN
141	Urech	Stefan	SVP	JA
047	Utz	Florian	SP	NEIN
119	Vogel	Sebastian	FDP	JA
144	Vogelbacher	Reto	CVP	JA
129	Weyermann	Karin	CVP	JA
109	Widmer	Johann	SVP	JA
028	Wiesmann	Barbara	SP	NEIN
095	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
063	Ziswiler	Vera	SP	NEIN

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 086.

Wortmeldungen siehe Antrag 085.

S. 219	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT			
	2555	Dienstabteilung Verkehr			
	3149 0301	Unterhalt von Verkehrsregelungsanlagen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
086.	Antrag Stadtrat			4 800 000 Mehrheit 600 000 N	Stefan Urech (SVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		600 000		4 800 000 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: Kein Autorennen, bzw. zu viele offene Fragen (Budgetierung, Umwelt, Sicherheit)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 087.

Wortmeldungen siehe Antrag 085.

S. 219	25 2555 3182 0000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
087.	Antrag Stadtrat				572 000 50 000 N	Mehrheit
			50 000		572 000	Minderheit
						Stefan Urech (SVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Felix Moser (Grüne) Referent, Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Kein Autorennen, bzw. zu viele offene Fragen (Budgetierung, Umwelt, Sicherheit)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 087a

Stephan Iten (SVP) stellt folgenden Antrag zum Budget: Auch wir möchten auf dem Konto 31/11/0303 100 000 Franken einsparen, jedoch mit einer anderen Begründung: auf diesem Konto sind unter anderem auch die Umsetzungen der Temporeduktionen budgetiert. Im Jahr 2017 wurden auf kommunalen und überkommunalen Strassen an 64 Strassenabschnitten Temporeduktionen mit der Begründung von Lärmschutzmassnahmen vorgenommen. Dies war vor allem auch auf den Strassenabschnitten, bei denen die Temporeduktion keine Lärmverbesserung brachten – wie bei der Europabrücke – oder dort wo Busse und Trams verkehren oder da wo Flieger landen und starten, der Fall. Ein weiteres Paradebeispiel, dass die Temporeduktionen überhaupt nichts mit Lärmschutz zu tun haben, ist der Abschnitt Universitätsstrasse 102 bis Winterthurerstrasse 25 bei der Seilbahn Rigiblick. Die Begründung einer Lärmverbesserung ist eine Farce. Darf das Tram auf Strecken mit Temporeduktion auch nur mit 30 km/h durchfahren? Und wenn es nur mit 30 km/h fahren darf, ist es dann auch wirklich leiser? Auf jeden Fall sind für das nächste Jahr weitere 33 Strassenabschnitte mit Temporeduktionen geplant. Für die Umsetzung sind 100 000 Franken eingestellt worden. Da die ideologische Massnahme vom Stadtrat überhaupt nicht aus Lärmschutzmassnahmen erfolgt, wollen wir den Marsch des Stadtrats gegen das Auto stoppen und beantragen einen Kürzung von 100 000 Franken

auf diesem Konto.

Weitere Wortmeldung:

Florian Utz (SP): Wir haben Ihre Fragen zum Tempo 30 – beziehungsweise Tempo 50, da auf der Europabrücke Tempo 50 gilt – bereits mehrere Male erläutert. Ich bin auch erstaunt über die Aussage, dass dort keine Menschen wohnen sollen. Dort leben nämlich sehr wohl Menschen, zwar ein wenig weiter unten, aber auch dort hört man den Lärm. Von der SP her können wir die Massnahmen des Stadtrats befürworten. Das Ganze wird im Moment noch juristisch geprüft und nach dem letzten Bundesgerichtsentscheid bin ich sehr zuversichtlich, dass es bestätigt wird. Wenn es mit dem Bundesgericht als juristische Instanz und vom Stadtrat abgesegnet wird, ist es legitim auch dem Gemeinderat die Frage zu stellen. Persönlich finden wir es aber richtig, dass man gezielte Temporeduktionen zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner macht. Dies wünschen sich nämlich viele Menschen, ich höre das auch aus meinem persönlichen Wahlkreis. Diesem Anliegen möchten wir Rechnung tragen.

S. 218	25 2555 3111 0303	SICHERHEITSDÉPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Anschaffungen Maschinen, Geräte und Einrichtungen			
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag
					Stimmen
087a.	Antrag Stadtrat			1 000 000 100 000 N 1 000 000	
			100 000		Stephan Iten (SVP)
			Begründung: Verzicht auf Temporeduktionen auf den 30 bzw. 33 geplanten Strassenabschnitten		

Der Rat lehnt den Antrag von Stephan Iten (SVP) mit 80 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Antrag 088.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Andreas Egli (FDP): Wenn Sie bei einer Strasse mit Tempo 50 5 km/h zu schnell fahren, zahlen sie eine Busse um die 40 bis 60 Franken. Mit dem Pilotversuch Tempo 30 nachts kann es sein, dass Sie zehn Minuten später mit derselben Geschwindigkeit nicht einfach nur eine Busse, sondern Prozesskosten und ein Strafverfahren mit Gesamtkosten von mehreren 1000 Franken bezahlen müssen. Für uns ist es eine schizophrene Strasse, wenn sie im einen Moment eine 50er Zone und im anderen Moment eine 30er Zone ist – unterscheidbar nur durch Tafeln. Wechselnde Geschwindigkeiten können durchaus Sinn machen – zum Beispiel bei Schulhäusern – nicht aber auf einem längeren Strassenabschnitt, der ursprünglich für Tempo 50 und ganz früher für Tempo 60 gemacht war. Das sind Tempofallen. Wir beantragen deshalb eine Reduktion um 135 000 Franken zum Verzicht auf den Pilotversuch Tempo 30.

Florian Utz (SP): Dass die Begründung nur über die Frage der Bussen und nicht über den Inhalt begründet wird, überrascht mich weniger. Ich stimme zu, dass es Aufgabe der Stadt ist, an einem Ort mit wechselndem Verkehrsregime die Signale deutlich zu machen. Es muss auffällig sein, damit man nicht wegen einem unklaren Signal in eine Falle tappt. Es erschliesst sich mir aber nicht, weshalb etwas, was bei Schulen problemlos möglich ist, nicht bei Nacht mit beleuchteten Tafeln funktionieren soll. Wir

halten einen generellen Verzicht nicht für die richtige Massnahme. Die Verhältnismässigkeit spricht für ein Wechselregime. Bei einer Durchgangsstrasse kann man durchaus argumentieren, dass das Interesse der Automobilisten am Tag schnell vorwärts zu kommen höher gewichtet werden kann als das Interesse der Anwohner und Anwohnerinnen am Lärmschutz. Umgekehrt kann man dann in der Nacht, wenn das Interesse an Lärmschutz besonders gross ist, die Interessen umgekehrt gewichten. In der Nacht gibt es auch nicht viel Gewerbeverkehr mit volkswirtschaftlichen Kosten. Der Stadtrat soll die Möglichkeit haben, bei grösseren Strassen selektiv zu entscheiden, ob Tempo 30 am Tag zu weit geht. Das ist das Verhältnismässigkeitsprinzip in seinem besten Sinn und wir finden deshalb, der Stadtrat soll im Einzelnen entscheiden können, was er angemessen findet.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Es geht hier nicht um die Einführung von Tempo 30, sondern um einen Versuch. Es geht nämlich genau um die eben aufgeworfenen Fragen, ob eine solche Einführung überhaupt machbar ist, einen Effekt hat und ob es sich lohnt, das Tempo 30 überhaupt umzusetzen. Ich finde es schwierig, von Anfang an verhindern zu wollen, dass wir herausfinden können, was die Vor- oder Nachteile sind. Dass man Tempo 30 nachts als eine Lärmreduktionsmassnahme sieht, ist vernünftig. Sonst müsste man Tempo 30 den ganzen Tag einführen und das würde Sie sicher auch nicht freuen. Ich finde es schwierig, die Umsetzung der Auflagen, die vom Umweltschutzgesetz und von der Lärmschutzverordnung gemacht werden, verhindern zu wollen. Es ist deshalb richtig, dass wir diesen Versuch jetzt machen.

S. 219	25 2555 3180 0000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
088.	Antrag Stadtrat				1 000 000	Mehrheit
			135 000		865 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP) Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
						Begründung: Verzicht auf Pilot Tempo 30 nachts, unpraktikables Projekt

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 089.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Florian Utz (SP): Dem Gemeinderat wurde bereits ein Vorstoss für einen Veloweg auf der Bellerivestrasse überwiesen. Wir wollen mit diesem Budgetantrag Geld ins Budget stellen, damit man den Veloweg, so wie es bereits vom Gemeinderat in einem Vorstoss gefordert wurde, umsetzen kann. Eine der Möglichkeiten, wie man den nötigen Platz

schaffen könnte, ist die Strasse von vier auf zwei Spuren zu reduzieren. Der Vorschlag der GLP, den ich persönlich spannend finde, ist eine Reduktion auf drei Spuren. Bei dieser Möglichkeit gibt es morgens zwei Spuren stadteinwärts und abends zwei Spuren stadtauswärts. Der Kanton will auf der Bellerivestrasse die Kapazität dahingehend gewährleisten, dass man morgens von der Goldküste in die Stadt fahren kann und abends umgekehrt. Ich finde das einen innovativen Vorschlag der GLP, der den nötigen Platz für einen Veloweg schaffen würde. Dies sogar ohne dass man den Autofahrern von der Goldküste etwas wegnehmen würde. Wir finden man sollte diesen Vorschlag verfolgen. Im Tiefbaudepartement wurde dafür leider kein Geld eingestellt. Es ist eine Querschnittsaufgabe – die Dienstabteilung Verkehr und das Tiefbauamt sind beide involviert. Das Geld kann man mit guten Argumenten bei beiden Organisationseinheiten einstellen. Das Tiefbaudepartement signalisierte, dass es dies aber nicht weiter prüfen möchte und hat auch kein Geld eingestellt. Wir finden deshalb, dass die Dienstabteilung Verkehr an diesem innovativen Projekt arbeiten soll.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Über den Veloweg auf Kosten von Autos Spuren will ich nicht eingehen müssen, sonst werde ich ein wenig zu temperamentvoll. Über ein Tempo 30 für Velofahrer können wir aber gerne sprechen. Das Umweltgesetz schreibt uns das Tempo 30 vor. Die Frage stellt sich aber, ob man mit Tempo 30 wirklich leiser als mit Tempo 50 ist. Man darf daran zweifeln. Autofahrer, die der Radarfalle ausweichen möchten, werden einfach in den zweiten oder ersten Gang runterschalten, was zu mehr Lärm führen wird. Wenn man sich ein wenig umschaute, sieht man, dass es sich bei Tempo-30-Zonen nicht unbedingt um Wohnquartiere handelt, sondern sie neuerdings da eingesetzt werden, wo links und rechts Bürogebäude stehen. Das hat nichts mit der Lärmverordnung zu tun, das ist einfach nur noch Schikane. So eine Studie wäre eine reine Rechtfertigungsstudie für das Tempo 30 und das müssen die Steuerzahlenden sicher nicht finanzieren. Ganz nach dem Spruch: Traue keiner Statistik, die du nicht selber gefälscht hast. Man muss nicht mal fälschen, man kann auch einfach die Resultate manipulativ und emotional darstellen. Häufig werden auch Korrelationen und Kausalitäten durcheinandergebracht. In Zürich glaubte man an die Kausalität von Feinstaub und Tempo 80. Man hat damals eine Studie auf der Autobahn gemacht und gesehen, dass an einem Montag mit Tempo 80 die Feinstaubkonzentration viel geringer war als ohne Tempo 80. Da es sich um dieselben Wochentage handelte, dachte man die Ceteris-Paribus-Klausel sei erfüllt. Dass aber an jenem Tag mit Tempo 80 und weniger Feinstaub eine Bise wehte, die den Feinstaub verblasen hat und nicht das Tempo 80 den Unterschied machte, wurde ignoriert. So einfach kann man also eine Studie fälschen. Zu STR Richard Wolff möchte ich noch sagen, ich beobachte und stelle verschiedene Dinge wie das Tempo 30, die Neuerstellung von Rotlichtampeln und Tempoblitzern fest. STR Richard Wolff kann meiner These gerne mit kritischem Rationalismus widersprechen und Zahlen bringen, aber ich bitte Sie, nicht mit irgendwelchen Luftschlössern zu argumentieren.*

Christian Traber (CVP): *Zur Erinnerung: wir sind bei der Dienstabteilung Verkehr und auf dem Konto 31/82 Entschädigungen für Planungen und Projektierungen. Auf diesem Konto hat es sehr viele verschiedene Positionen. Die SP möchte 100 000 Franken mehr für den Veloweg auf der Bellerivestrasse haben. Wie Florian Utz (SP) aber selbst gesagt hat, ist er sich nicht ganz sicher, ob er es hier oder bei Tiefbauamt einstellen soll. Die SVP hingegen möchte lieber Dinge wieder rausstreichen. Die Minderheit 1 findet, die Position jetzt mit 622 000 Franken sei für den Stadtrat genügend alimentiert. Das reiche, um die Projekte voran zu treiben, die sie nicht mit eigenen Ressourcen umsetzen können. Wenn sie etwas fordern möchten, dann bitte auf dem politischen Weg mit einem Vorstoss und nicht einfach indem sie mehr oder weniger Geld ins Budget einstellen.*

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Wir waren bis anhin in der Enthaltung und gehen jetzt in die Mehrheit. Unsere Frage war, ob es sinnvoll ist, dass man das DAZ eine Strasse bauen lässt und das DAV gleichzeitig dazu die Bemahnung der Strasse mit 100 000 Franken beauftragen lässt. Auf unsere Nachfrage schreibt STR Filippo Leutenegger, dass das DAZ über die Umsetzung des Postulats diskutiert und dass das DAV in das Projekt involviert ist. Ich gehe davon aus, dass wir das gemeinsam anschauen werden und nicht gegeneinander planen. Denn Markierungen zu malen, ohne zu wissen wo die Absätze für den Veloweg sind, ist nicht sehr sinnvoll. Wir sind positiv gestimmt und stimmen zu, dass der Auftrag nochmals auf diesem Wege ans DAZ und ans DAV geht.

Sven Sobernheim (GLP): Auch wir waren in der Enthaltung und wechseln in die Mehrheit. Der Vorstoss ist bereits gemacht. Die Motion zur Wechselsignalisation an der Bellerivestrasse ist schon häufig erwähnt worden. Wir sind der Meinung, dass DAZ und DAV zusammenarbeiten müssen. Das DAZ kann sicher vieles schon intern lösen, auch beim DAV denken wir, dass viel Know-how vorhanden ist. Wir sprechen aber von einem Pilotprojekt und von etwas, was wir in Zürich noch nicht gemacht haben. Deshalb glauben wir, dass es Unterstützung von Dritten braucht, um eine neutrale Studie vorliegen zu haben. Danach kann man überlegen, ob es Sinn macht, die Wechselsignalisation an diesem Ort weiter zu betreiben oder nicht. Wir freuen uns, wenn Sie heute der Mehrheit folgen und uns auch bei der Motion, die wir nächstes Jahr behandeln werden, ebenfalls unterstützen und man so die Wechselsignalisation an der Bellerivestrasse prüfen und Platz für den Veloweg schaffen kann.

S. 219	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2555	Dienstabteilung Verkehr				
	3182 0000	Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
089.	Antrag Stadtrat				572 000 50 000 N	Minderheit 1 Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
			150 000		472 000	Minderheit 2 Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
				100 000	722 000	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP)
						Enthaltung Präsident Walter Angst (AL), Shaibal Roy (GLP)
		Begründung:	SVP: Verzicht auf Projektstudie Tempo 30, zurückhaltend in neue Verkehrskonzepte investieren; SP: Veloweg auf Bellerivestrasse planen			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(622 000)	27 Stimmen
Antrag Mehrheit	(722 000)	75 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(472 000)	<u>22 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 090.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stephan Iten (SVP): *Es geht hier um das Konto 31/88 Dienstabteilung Verkehr, Unfallverhütungsmassnahmen. Für die Autofahrenden sind im Rahmen der Präventionsmassnahmen Überwachungsgeräte vorgesehen. Da die Präventionskampagne bei den Velofahrenden bis heute nichts genützt hat, sind wir der Meinung, dass man vermehrt Velokontrollen durchführen muss. Man lernt erst dann, wenn es dem eigenen Portemonnaie weh tut. Damit wir das Budget aber nicht unnötig noch mehr belasten, könnte man einfach die Polizistinnen und Polizisten der Auto- und Parkkontrollen für Velokontrollen einsetzen. Wenn sich die Velofahrenden nämlich mehr an die Verkehrsregeln halten, gibt es auch wieder weniger Unfälle. Aber solange diese Laissez-faire-Politik weitergeführt wird, bringt keine Präventionskampagne etwas, auch nicht wenn man dafür 30 000 Franken ausgibt. Diese können wir uns nämlich definitiv sparen.*

Florian Utz (SP): *Ich persönlich finde es keinen dummen Antrag der SVP, ich habe sogar gewisse Sympathie dafür. Auch ich bin kein grosser Fan der Filmchen von der Dienstabteilung Verkehr. In einem dieser Filme geht es darum, dass man den Velofahrerinnen und Velofahrern zeigt, dass man nicht an parkierenden Autos vorbei fahren soll. Die meisten Velowege führen aber genau an parkierenden Autos vorbei. Es wäre tatsächlich sinnvoll, die Velowege nicht neben Parkplätzen zu planen. In einem anderen Film geht es darum, dass Velofahrende auf den Vortritt verzichten sollen und das ist auch nicht genau das, was man der Bevölkerung zeigen sollte. Die Bevölkerung will, dass eine Infrastruktur geschaffen wird, bei der man den Vortritt nutzen kann, wenn man ihn hat und sich ganz normal an die Verkehrsregeln halten kann. Die Infrastruktur heute ist nicht so, wie ich mir dies persönlich wünschen würde. Mit der jetzigen Infrastruktur sind die Präventionsmassnahmen im Sinne wie sie gemacht sind leider ein notwendiges Übel, die Alternative – keine Präventionsmassnahmen – ist aber die schlechtere Alternative zu diesen Filmchen, die ich persönlich auch nicht rundum geglückt finde.*

S. 219	25 2555 3188 0100	SICHERHEITSDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Unfallverhütungsmassnahmen, Audiovisuelles Material für Instruktion				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
090.	Antrag Stadtrat				50 000	Mehrheit
			30 000		20 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangi- nes (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung: Mehr Velokontrollen statt unnütze Präventionskampagnen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 091.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Derek Richter (SVP): Es geht bei Konto 3189 um Entschädigungen von IT-Leistungen für Dritte. Eine Minderheit schlägt Ihnen eine Verbesserung um 100 000 Franken vor. Diese Summe setzt sich zusammen aus 40 000 Franken für verschiedene IT-Leistungen für Dritte, 10 000 Wartung und 50 000 Franken IT-Leistungen Verkehrsanlagen. Bei diesem Konto wird eigentlich jedes Jahr zu viel budgetiert – im Jahr 2016 sogar um 70,4 Prozent zu viel. Wir unterstützen keine Budgetierung auf Vorrat und fragen uns, ob es nicht möglich wäre, gewisse sinnlose Ampelanlagen abzubauen. Diese stellen eine Belastung für die Umwelt dar und sind nur dazu da, die Menschen zu kriminalisieren. Zusätzlich werden Unsicherheiten geschaffen, weil die Velofahrer mit zu hoher Geschwindigkeit darüber fahren.

Florian Utz (SP): Die SVP beantragt eine Halbierung der IT-Kosten. Dies und die Begründung dazu findet die Mehrheit eher abenteuerlich. Es ist nämlich genau das Gegenteil der Fall; Ampeln sind nicht zur Dekoration da und schaffen auch keine Unsicherheit, klare Regeln schaffen hingegen Sicherheit und Klarheit, wer Vortritt hat. Dann braucht es auch keine Präventionskampagnen, wer auf den Vortritt verzichten muss. Es ist keine Frage, dass ein Velofahrer, der bei Rot über die Ampel fährt, gebüsst werden muss. Aber aus dem Umstand, dass ein Velofahrer bei Rot über die Ampel fährt, zu schliessen, dass man die Ampeln demontieren müsse, hält eine relative Mehrheit für sehr abenteuerlich.

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): Wenn Derek Richter (SVP) alle Ampeln abschaffen möchte, hat er wahrscheinlich einen grossen Befürworter: Markus Knauss (Grüne). Es gibt nämlich keine bessere Veloförderung als Ampeln abzuschaffen, weil der ÖV und das Auto dann definitiv nicht mehr durch diese Stadt kommen.

S. 219	25 2555 3189 0000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
091.	Antrag Stadtrat				205 000	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangi- nes (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			100 000		105 000	Minderheit Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
		Begründung:	Fr. 40 000 verschiedene IT-Leistungen Dritter, Fr. 10 000 Wartung, Fr. 50 000 IT-Leistungen Verkehrsanlagen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT

Antrag 092.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): Es geht hier um das Konto 3000 Umwelt- und Gesundheitsschutz, zentrale Verwaltung. 3180 Entschädigung für Dienstleistungen Dritter. Die SVP-Fraktion beantragt Ihnen hier als Saldo-Verbesserung bei Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter eine Kürzung um 170 000 Franken. Auf Grund der fehlenden Strategie und dem Rückzug der Weisung 2017/49 Spitälerstrategie sind wir der Meinung, dass auch weniger ausserordentliche Kosten anfallen. Wir glauben, dass die beantragte Budgetposition um 170 000 Franken problemlos gekürzt werden kann. Wir verweisen dabei auch auf die Tatsache, dass die Vorsteherin des Gesundheitsdepartements STR Claudia Nielsen mittlerweile vom halben Stadtrat diesbezüglich unterstützt wird. Wir beantragen Ihnen deshalb eine Budgetkürzung und die Verbesserung der Budgetposition um 170 000 Franken auf 248 200 Franken. Es soll dabei weitgehend auf die Unterstützung von Dritten bei der Strategie-Entwicklung der Stadtspitäler verzichtet werden. Wir finden, dass dafür im GUD genügend internes Know-how vorhanden ist. Wir sind überzeugt, dass auch mit der Kürzung um 170 000 Franken genügend finanzielle Mittel vorhanden sind. Lassen wir zuerst das erweiterte Gremium vom Stadtrat mit dem neuen Spitaldirektor zusammenarbeiten, um zu sehen, wohin die Reise mit dieser Spitälerstrategie führen soll und wie die neuen Weisungen aussehen werden und bis Gespräche über weitere Kooperationen durchgeführt sind. Mit dieser Saldokürzung wird das unserer Meinung nach problemlos aufgehen, ohne dass dabei bereits durch Dritte grosse finanzielle Mittel benötigt werden.

Walter Angst (AL): Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass man dem GUD die Mittel zur Verfügung stellen soll, damit die schwierigen Prozesse, die im Zusammenhang mit den Spitälern anstehen, auch mit externer Unterstützung geplant werden können.

S. 224	30 3000 3180 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Gesundheits- und Umweltdepartement Zentrale Verwaltung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
092.	Antrag Stadtrat				418 200 Mehrheit
			170 000		248 200 Minderheit
					Präsident Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)

Begründung: Keine Aufträge für Spitälerstrategie

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 093.

Kommissionsreferent:

Peter Schick (SVP): Bei diesem Antrag geht es um das Konto 3012 Löhne des Personals in Ausbildung. Es geht dabei um die Ausbildungsplätze im Frankenthal. Die RPK schlägt einstimmig den Antrag auf eine Verbesserung um 50 000 Franken vor. Nach der detaillierten Budgetierung der Personalkosten im Mai 2017 wurde im Lauf des Herbsts 2017 aus Ressourcengründen für das Jahr 2018 entschieden, die Anzahl Ausbildungsplätze für Praktikantinnen und Praktikanten sowie Auszubildende nicht zu erhöhen. Entsprechend werden zusätzlich eingestellte Budgetmittel nicht benötigt.

S. 226	30 3010 3012 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Städtische Gesundheitsdienste Löhne des Personals in Ausbildung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
093.	Antrag Stadtrat		50 000		182 100 132 100	Zustimmung Peter Schick (SVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Aus Ressourcengründen werden im Frankenthal die Ausbildungsplätze nicht erhöht. Das Geld wird nicht benötigt

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 094.

Kommissionsreferent:

Peter Schick (SVP): Die RPK macht einstimmig den Antrag auf eine Verbesserung um 400 000 Franken auf dem Konto 3186 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitungen. Es geht dabei um die Nichtbewilligung der Studie «Verkauf von Cannabis». Der Stadtrat hat am 9. November 2017 dem Gemeinderat im Novemberbrief zum Budget 2018 überwiesen, dass auf Seite 11 des Antrags vom städtischen Gesundheitsdienst 400 000 Franken für die Beteiligung an der wissenschaftlichen Studie der Universität Bern für den regulierten Verkauf von Cannabis enthalten sind. Am 14. November 2017 hat das Bundesamt für Gesundheit gemäss Medi-

enmitteilung die Studie nicht bewilligt. Dies mit folgender Begründung: «Das Gesuch des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin und des klinischen Studienzentrums der Universität Bern für die Durchführung einer wissenschaftlichen Studie zum legalen Verkauf von Cannabis zu Genusszwecken kann nicht bewilligt werden. Das geltende Betäubungsmittelgesetz verbietet den Konsum von Cannabis zu nichtmedizinischen Zwecken. Damit solche Studien in Zukunft bewilligt werden könnten, müsste das Betäubungsmittelgesetz mit einem Experimentierartikel ergänzt werden.»

S. 228 **30** **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**
3010 **Städtische Gesundheitsdienste**
3186 0000 **Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
094.	Antrag Stadtrat			380 400 400 000 N	
		400 000		380 400	Zustimmung
					Peter Schick (SVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Begründung: Nichtbewilligung der Studie Verkauf von Cannabis

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

S. 23 **30** **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**
3020 **Pflegezentren der Stadt Zürich**
PG 1 **Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
095.	Antrag Stadtrat			-3 758 800	Mehrheit
		1 000 000		-4 758 800	Minderheit
					Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)

Begründung: Saldoverbesserung

Thomas Osbahr (SVP) zieht namens der SVP-Fraktion den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

S. 29	30 3020 PG 2	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Pflegezentren der Stadt Zürich Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
096.	Antrag Stadtrat				1 175 000	Mehrheit
			600 000		575 000	Minderheit
			Begründung: Saldoverbesserung			
						Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)

Dr. Thomas Monn (SVP) zieht namens der SVP-Fraktion den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 097.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Raphael Kobler (FDP): Vorliegend beantragt Ihnen die Mehrheit eine Saldoverbesserung in der Produktgruppe 3 um 149 000 Franken, wobei der Antrag insbesondere auf das Schulungszentrum Gesundheit (SGZ) abzielt. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass unter anderem die FDP die Weisung 2016/279 abgelehnt und allgemein angemahnt hat, dass in Anbetracht der höheren Mietkosten an der Räfelstrasse dringend Massnahmen zu ergreifen wären, damit das Budget der Pflegezentren Stadt Zürich (PZZ) nicht eine weitere Verschlechterung erfährt. Leider hat mit Blick auf den Voranschlag 2018 offensichtlich weder eine fundierte Überprüfung des Kursangebots im SGZ stattgefunden – damals ein Hauptanliegen von uns – noch hat man den gestiegenen Mietaufwand andersweit auffangen können, beziehungsweise andernorts relevante Einsparungen vorgenommen, sodass wir die Ebenen während der Forderung an diese Stelle nochmals erneuern möchten.

Walter Angst (AL): Die Minderheit ist der Meinung, dass das Kursangebot sowie es geplant ist, aufrecht erhalten bleiben soll. Ich möchte aber erwähnen, dass das Gesundheitszentrum Ausgaben bei einem Aufwand von 1,99 Millionen Franken und Einnahmen von 1,5 Millionen hat. Dass 40 Prozent interne Schulungen der Pflegezentren sind und diese Schulungen einen wichtigen Beitrag für die Arbeit des Pflegepersonals leisten, und dass diese Kürzung nichts Substantiiertes ist. Wenn man Kurse abbaut, baut man in der Regel auch Einnahmen ab. Diese Reduktion könnte zu ganz dummen Ergebnissen führen. Deshalb schlägt Ihnen die Minderheit vor, bei diesem budgetierten Antrag zu bleiben und das Budget für Weiterbildung und Schulung vom Pflegepersonal in einem sensiblen Bereich bei den Pflegezentren nicht zu reduzieren.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Es klingt zwar gut, bringt aber keine finanzielle Verbesserung. Pflegezentren haben – wie andere Institutionen auch – von der Gesundheitsdirektion eine Ausbildungsverpflichtung. Damit dieser nachgekommen und die Leistung und Qua-

lität von den Pflegezentren gewährleistet werden kann, sind diese Kurse wichtig. Wenn sie das Kursangebot reduzieren, werden die Mitarbeitenden der Pflegezentren auf andere Kurse ausweichen müssen, welche meistens nicht günstiger sind. Auch wird das Schulungszentrum weniger externe Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer haben, was die Einnahmen sinken lässt. Wenn einfach Kurse reduziert werden, sinken die Fixkosten – also Miete und Löhne – nicht, es nehmen aber die Kosten pro Kursteilnehmer zu. Deshalb bitte ich Sie, diesem Sparvorschlag nicht zu zustimmen, weil mit diesem gar nichts gespart wird.

S. 34	30 3020 PG 3	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Pflegezentren der Stadt Zürich Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
097.	Antrag Stadtrat				2 149 900	Minderheit
			149 900		2 000 000	Mehrheit
						Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
						Begründung: Reduktion Kursangebot

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 62 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten zu.

S. 38	30 3020 PG 4	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Pflegezentren der Stadt Zürich Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
098.	Antrag Stadtrat				9 233 900	Mehrheit
			500 000		8 733 900	Minderheit
						Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)
						Begründung: Saldoverbesserung

Rolf Müller (SVP) zieht namens der SVP-Fraktion den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 099.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Raphael Kobler (FDP): *Dass ein moderner Betrieb bestrebt sein sollte, seine Führungs- und Unternehmenskultur laufend zu verbessern, das Potential seiner Mitarbeitenden zu aktivieren und ein nachhaltiges Gesundheitsmanagement zu betreiben, darf als Selbstverständlichkeit gelten. Auch in der ASZ wird offensichtlich in diesen Bereichen gearbeitet. Allerdings erscheinen uns die betreffenden Massnahmen vor allem in puncto Umfang, teilweise aber auch inhaltlich, fragwürdig. Unsere Bedenken haben dieses Jahr in einer längeren schriftlichen Anfrage bereits Ausdruck gefunden, wobei die entsprechenden Antworten die Skepsis nicht vollständig ausräumen konnten. Folglich haben wir auch in diesem Budgetprozess wieder einschlägige Fragen eingegeben und so erfahren, dass im nächsten Jahr im Rahmen des sogenannten Werteprojekts unter anderem die Ausrichtung von Führungsworkshops geplant ist. Konkret in Form von fünf zweitägigen Modulen mit je 18 Teilnehmenden in der Kartause Ittingen für rund 45 000 Franken, ein dreitägiger externer Kurs in Würzburg für 10 bis 14 Führungspersonen für rund 21 000 Franken und ein bis zwei Konferenzen mit circa 150 Teilnehmenden für rund 42 000 Franken, bzw. 48 000 Franken geplant sind. Ausserdem sollen interne Workshops mit sechs Gruppen mit je 18 Personen durchgeführt werden, die in den Alterszentren selber stattfinden, die Mitarbeitenden aber zusätzlich absorbieren. Der beschriebene Aufwand erweist sich aus unserer Sicht als unverhältnismässig, sodass wir eine Überprüfung und Reduktion dieser Kurse und Grossveranstaltungen fordern und Ihnen eine moderate Verbesserung von 50 000 Franken für die Produktgruppe 4 beantragen.*

Dorothea Frei (SP): *Wir finden nicht, dass es hier eine Reduktion braucht. Wir sind eher überrascht über diesen Antrag. Ich dachte, dass Sie hier noch mehr auf das Werteprojekt eingehen werden, das überhaupt nicht mehr budgetiert ist. Ich möchte gerne eine Antwort aus den VBZ, kommend aus dem DIB – welches einen FDP-Vorstand hat – vorlesen: «Kaderprogramme vermitteln und unterste Kader zur Verbesserung und Verankerung der Führungskultur.» Da frage ich mich schon, ob Sie hier mit zwei unterschiedlichen Ellen messen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: *Es wurde immer wieder nach dem Werteprojekt gefragt und ich kann Ihnen sagen, dass dieses Werteprojekt abgeschlossen ist. Es geht jetzt um Führungsausbildungen und Weiterbildungen von Kaderpersonen in den Alterszentren – das sind ja relativ viele. Die Institutionen bewegen sich in einem Fachkräftemangelbereich und ich bitte Sie, den Alterszentren in diesem Bereich nicht noch schlechtere Karten in die Hände zu geben.*

S. 58 30
3026
PG 4

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT
Alterszentren Stadt Zürich
Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
099.	Antrag Stadtrat			5 856 800 Minderheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)

50 000

5 806 800 Mehrheit

Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Überprüfung und Reduktion der Kurse für Führungs- und Unternehmenskultur

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 100. und 101. (Postulat GR Nr. 2017/442).

Florian Utz (SP) begründet den Antrag der Kommissionmehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3570/2017): *Es ist ein ganz normaler Vorgang, dass Dienstabteilungen regelmässig ihre Gebühren überprüfen müssen. Im Jahr 2018 steht dies jetzt den Pflege- und Alterszentren bevor. Leider gibt es in den beiden Dienstabteilungen ein gewisses Defizit und es besteht deshalb Druck die Gebühren nach oben anzupassen, auch wenn man das eigentlich gar nicht möchte. Eine Gebührenerhöhung würde aus Sicht der SP und des Stadtrats – der Stadtrat nimmt das Postulat ja entgegen – ein komisches Zeichen setzen. Dies in einer Situation, in der wir in der letzten Rechnung einen Überschuss von 288 Millionen Franken hatten. Auch in der aktuellen Rechnung werden wir noch einen Überschuss haben. Wir finden es falsch, wenn wir für die Menschen, die Zürich über Jahrzehnte hinweg zu der jetzigen Stadt gemacht und die für diese Stadt hart gearbeitet haben, die Gebühren erhöhen würden. Deshalb haben wir ein Postulat gemacht, das um eine Prüfung bittet, wie man auf die Gebührenerhöhung verzichten könnte – ohne dabei Leistungen zu kürzen. Eine Leistungskürzung wäre angesichts der Leistung der Bewohner in den letzten Jahrzehnten sicher nicht richtig. Ich bin überrascht, dass es überhaupt einen Ablehnungsantrag gibt. Ein solcher Antrag bedeutet ja, dass man ohne Prüfung die Gebühren erhöhen sollte. Ich verstehe nicht ganz, dass man gleichzeitig eine Steuersenkung, aber hier eine Gebührenerhöhung fordert. Ich bin umgekehrt aber dankbar, dass die SVP-Fraktion ihre Anträge zurückgezogen hat und wir gemeinsam mit dem Stadtrat dafür sorgen können, dass die Menschen, die Zürich erfolgreich gemacht haben, einen Anteil am Erfolg von Zürich bekommen.*

Elisabeth Schoch (FDP) begründet den Antrag der Kommissionsminderheit, stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Postulat und begründet diesen: *Es ist mir nicht ganz klar, ob nur die Tarife der Alterszentren nicht angepasst werden sollen oder ob dies auch für die Pflegezentren gilt. Eine Überprüfung findet sowieso statt, unabhängig ob das Postulat überwiesen wird oder nicht. Meiner Meinung nach ist dies ein recht interessantes und ideologisches Postulat. Sie wollen auf Kosten anderer den Mittelstand und ältere Personen gezielt subventionieren. In den Genuss des Postulats kommen vor allem die Bewohner von städtischen Alterszentren und Menschen, die keine Ergänzungsleistungen beziehen, sondern selber zahlen müssen. Benachteiligt werden jene, die nicht in den städtischen, sondern in privaten Alterszentren sind. Diese müssen nämlich ein ausgeglichenes Resultat zeigen können. Was Sie hier machen ist wettbewerbsverzerrend. Sie sind der Meinung, dass nur Menschen, die in den Alterszentren wohnen, zu unserem heutigen Wohlstand beigetragen haben und andere Steuerzahlende folglich nicht. Mir stellt sich die Frage, welche Strategie Sie damit verfolgen möchten. Möchten Sie ihre Wählerschaft bevorzugen? Wollen Sie weiterhin subventionierte Wohnungen machen? Wollen Sie damit die privaten Alters- und Pflegezentren*

aushungern? Oder wollen Sie sicherstellen, dass der Gewinn der Stadt gezielt an Ihr Klientel verteilt wird? Meiner Meinung nach betreiben Sie hier Wahlkampf. Es wäre viel klüger, man würde sich überlegen, wie im Wettbewerb auch die städtischen Alterszentren mit gleichen Voraussetzungen wie die gemeinnützigen Alterszentren arbeiten könnten.

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): Gebühren sollten – wie es auch im Postulat korrekt formuliert ist – angemessen und eigentlich auch kostendeckend sein. Wir haben eine steigende Kostenbasis. Gleichzeitig die Gebühren nicht zu erhöhen oder zu senken, kriert also automatisch ein Defizit. Wir sind dagegen, dass man ein solches allfälliges Defizit mit Steuergeldern quersubventioniert und von einem defizitären Budget finanziert. Das macht unseres Erachtens gar keinen Sinn, sondern dient einzig einer Klientelpolitik.

Roger Bartholdi (SVP): Wir sind für Gebührensenkungen, allerdings wirkt es, als wäre es bestellt. Mir wurde aber versichert, dass der Stadtrat sich überzeugen liess nach einer Prüfung auf die Gebührenerhöhung zu verzichten. Es ist schöner, man kann im Alter daheim bleiben. Gerade bei Alters- und Pflegezentren an Gebührenerhöhungen zu denken, finden wir falsch. Wir stehen ja auch vom «Top 5» hinter diesen Gebührensenkungen. Jetzt müssen wir Farbe bekennen und deshalb unterstützen wir dieses Postulat selbstverständlich. Wir sind aber mit der Begründung des Postulats nicht einverstanden. Es heisst dabei, dass die Stadt finanziell gut dastehe – das sehen wir anders. Wir stimmen aber nicht über die Begründung, sondern über das Postulat ab, und wir finden es sinnvoll, dass es keine Erhöhungen und gleichzeitig keine Qualitätseinbussen gibt.

Reto Vogelbacher (CVP): Das Postulat wirkt auf den ersten Blick sympathisch, aber es hat schon im ersten Satz einen Fehler. Es sind eigentlich keine Gebühren, die wir als «Top 5» bekämpfen, sondern Taxen. Die CVP wird das Postulat ablehnen. In der Fragerunde wurde bestätigt, dass die Gebührenerhöhung geprüft wird – es ist also in der Eruierung. Es wäre dann erst auf das Jahr 2019 geplant. Die regelässige Überprüfung dieser Taxen ist Bestandteil einer professionellen Führung. Die Leistungen müssen vorgeschriebenermassen kostendeckend erbracht werden. Diese Leitplanke hat sich die Politik so gesetzt. Daran muss sich die Verwaltung halten. Das Ziel kann nicht sein, allfällige Defizite aus dem Haushaltsüberschuss zu finanzieren.

Marcel Bührig (Grüne): Das Postulat ist prophylaktisch. Es geht darum, dass die Gebühren grundsätzlich nicht ansteigen, ausser es ist völlig unausweichlich. Man muss den Menschen, die auf Pflege und Hilfe angewiesen sind, nicht noch das Geld aus der Tasche ziehen. Es ist häufig sowieso nicht mehr gross vorhanden. Die SP möchte eigentlich eine Effizienzerhöhung – nämlich dass Alters- und Pflegezentren dieselbe Leistung erbringen, ohne dabei auf eine Gebührenerhöhung zurückgreifen zu müssen. Bei der Spitaldebatte reden die Bürgerlichen immer von einer Effizienzerhöhung – bei den Alters- und Pflegezentren wollen sie aber nicht, dass man die Einnahmen nicht erhöht, sondern dass man im Notfall die Gebühren erhöhen kann. Bei den Spitälern nehmen sie aber eine ganz andere Position ein, bei der sie keine Einnahmenerhöhung wollen. Sie haben das Gefühl mit Alten, Betagten und Pflegebedürftigen könnte man auch noch Geld machen. Alters- und Pflegezentren sind in erster Linie da, um Menschen, die Hilfe benötigen, ein Angebot zu bieten. Dieses Angebot muss vorhanden sein und in der Leistung funktionieren. Es geht dabei nicht um Defizit oder Gewinn. Es gibt natürlich auch gemeinnützige Anbieter, aber eben auch Luxuszentren und so möchten wir definitiv nicht werden.

Michael Schmid (FDP): Bei dieser Diskussion werden verschiedenste Themen vermischt. In der Begründung steht deutlich geschrieben, dass man die Einnahmen erhöhen möchte. Man will sie aus der Stadtkasse und allgemeinen Steuermittel nehmen und nicht aus Gebühren der Bewohner finanzieren. Sie argumentieren damit, dass diese Menschen zum Erfolg von Zürich beigetragen haben – mit den Ergänzungsleistungen besteht aber bereits ein Instrument für diese Menschen. Eigentlich geht es Ihnen einfach darum, den städtischen Pflegezentren einen Vorteil zu gewähren, indem sie neben den Gebühren einen Zustupf aus der Stadtkasse bekommen und so gegenüber privaten und gemeinnützigen Alters- und Pflegezentren, aber auch gegenüber der Spitex, einen Vorteil erhalten. Das ist der Zweck dieses Postulats. Von einer Überprüfung zu sprechen während man das Ergebnis – dass es nicht zu einer Gebührenerhöhung kommen kann – schon vorweg nimmt, ist ein Trick und eine Seldwylerei, würde die Differenz nicht von der Stadtkasse bezahlt werden müssen.

Walter Angst (AL): Die beiden Globalbudgets beinhalten die normale Pflege und Unterbringung und quartierbezogene Leistungen, Ausbildungen und weitere Dinge. Die Frage ist nun, was man auf die Gebührengelder schlägt und was nicht. Die Produktgruppe 1 ist im positiven Bereich und ergibt sogar einen Ertrag. Wir wissen, dass beide eine enorme Ausbildungsoffensive machen, weil der Staat sonst keine – oder viel zu wenig – Angebote in diesem Bereich hat. Die Diskussion ist nicht, ob das kostendeckend sein soll oder nicht, sondern welche Zusatzkosten mit diesen Gebühren finanziert werden sollen und was man diesen Bewohnerinnen und Bewohnern auflasten soll und was nicht. Es gibt gemeinwirtschaftliche Leistungen und wir sind unsauber, wenn wir das nicht offen deklarieren und einen Leistungsauftrag geben und diesen abgelten. Diese Diskussion muss geführt werden – dann werden Sie eventuell auch zum Ergebnis kommen, dass die Gebührenerhöhung nicht sinnvoll ist.

Florian Utz (SP): Ich finde die Argumentation von Reto Vogelbacher (CVP), es sei keine Gebühr sondern eine Taxe, relativ weit von der Lebensrealität der Bevölkerung entfernt. Ich stelle fest, dass «Top 5» – explizit ausgenommen der SVP – keine Gebühren erhöhen möchte, sondern Taxen erhöhen möchte. Für die Bevölkerung ist es doch absolut egal, ob sie Taxen oder Gebühren zahlen, Taxen sind nämlich Gebühren. Die Frage, die wir heute diskutieren, ist, ob wir diese Taxen/Gebühren erhöhen oder nicht. Ich nehme zur Kenntnis, dass FDP und CVP diese erhöhen möchten. Der Vorwurf, dass wir uns für den Mittelstand einsetzen, ist absolut richtig. Wir setzen uns für den Mittelstand ein und wir stehen dazu.

Karin Weyermann (CVP): Wir sind nicht dafür, dass Gebühren oder Taxen erhöht werden, sondern – wie es das GUD auch sagt – für eine Überprüfung, auf Grund derer man entscheidet, ob eine Erhöhung nötig ist oder eben nicht.

Joe A. Manser (SP): Es gibt natürlich einen Unterschied, wie man die sozialpolitischen Aufgaben betrachtet. Wir haben die Frage der Alters- und Pflegezentren nie als eine wettbewerbswesentliche Geschichte behandelt. Es geht hier nicht darum, Geld mit Menschen, die einen Wohnplatz im Alters- oder Pflegezentrum benötigen, zu machen, sondern dort gute Angebote anbieten zu können. Es geht nicht um eine Geldmaschine, sondern um einen sozialen Auftrag. Wenn das nicht alle gleich sehen, ist das eine politische Sache. Wir sehen das ein bisschen anders und ich möchte daran erinnern, dass die Stadt in den letzten Jahren mit einer vernünftigen Sozialpolitik gut gefahren ist. Es gibt weltweite Untersuchungen, die zeigen, dass Staaten wie Schweden, Dänemark oder vielleicht eben auch Städte wie Zürich gut tun, eine gute Sozialpolitik und eine gute Wirtschaftspolitik zu machen – und genau das wollen wir. Das bedeutet eine Politik für alle zu betreiben, und nicht nur für jene, die einen Wirtschaftsfaktor sein können, sondern auch für die, die Unterstützung benötigen. Deshalb ist eine Sozialpolitik, die

Alters- und Pflegeheime führt und soziale Aufgaben erfüllt, eine wichtige und gute Sache.

Elisabeth Schoch (FDP): Es wurde gesagt, dass die Ausbildung und quartierbezogene Leistungen die Kostentreiber seien und der Rest rentabel sei. PG 1 sei rentabel, während die anderen zwei Kosten generieren würden. Es ist aber so, dass auch die Privaten, die gemeinnützig sind oder von Stiftungen oder Vereinen geführt werden, ausbilden und quartierbezogene Leistungen haben. Diese können sich aber kein jährliches Defizit leisten, wie es sich die Stadt Zürich leistet. Wir möchten auch keine Gebühren erhöhen, aber eine Erhöhung per se auszuschliessen, kommt nicht in Frage. Gemeinnützige Alters- und Pflegezentren sind oft ohne Zielsetzung von Gewinn, sondern sind häufig mit Freiwilligenarbeit verbunden. Ich finde es nicht nötig, diesen einen verzerrten Wettbewerb durch die Stadt zu machen. Man sollte sie fördern, weil das Menschen sind, die sich engagieren und solche Leute sollte man sicher nicht bremsen. Wir alle wissen, dass die Obsan-Studie in der Stadt 1700 Alters- und Pflegeplätze zu viel sieht. Die Stadträtin sieht das aber anders. Wenn das tatsächlich so ist, handelt es sich dabei um diese 1700 privaten Plätze, die man hier an die Wand drücken möchte.

Michael Schmid (FDP): Wenn Sie der Meinung sind, gemeinwirtschaftliche Leistungen von Alters- und Pflegezentren werden zu wenig abgegolten, dann wäre das ein separates Postulat, von dem auch die Privaten, Gemeinnützigen profitieren müssten. Das ist etwas völlig anderes als das was hier gefordert wird. Heute will man einfach den Städtischen noch Butter aufs Brot schmieren. Es ist falsch, wenn Florian Utz (SP) sagt, Sie setzen sich für den Mittelstand ein. Sie setzen sich für den in den städtischen Alters- und Pflegezentren wohnenden Mittelstand ein, aber nicht für denjenigen, der in privaten oder gemeinnützigen Alters- und Pflegezentren oder mit Spitex-Leistungen wohnt. Es ist einmal mehr für wenige, bezahlt von allen. Diese wenigen sind die, die in einer städtischen Institution wohnen. Diese Struktur möchten Sie fördern – um das geht es und um nichts anderes.

S. 41	30 3026 Saldo	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Alterszentren Stadt Zürich Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
100.	Antrag Stadtrat			5 889 700	Mehrheit
		500 000		5 389 700	Minderheit
		Begründung: Saldoverbesserung			
				Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)	Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)

Dr. Thomas Monn (SVP) zieht namens der SVP-Fraktion den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

3602. 2017/442

Postulat der SP-Fraktion vom 06.12.2017:

Verzicht auf eine Gebührenerhöhung in den Alters- und Pflegezentren

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Florian Utz (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3570/2017).

Elisabeth Schoch (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Das Postulat wird mit 81 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 102.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Anträgen 102. und 103.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Elisabeth Schoch (FDP): Das Waidspital hat uns die Rechnung vorgestellt und sie zeigten uns auf, welche Stellschrauben das Ergebnis beeinflussen. Es kommen verschiedene Herausforderungen auf das Waidspital zu, wie auch auf das Triemlispital. «Ambulant vor stationär» wird einen Einfluss auf die nächste Rechnung haben, wie auch der Druck auf die Tarmed-Tarife und mögliche nachteilige Veränderung vom CMI. Es ist wichtig, dass die Stadtspitäler eine qualitativ hochstehende und finanzierbare Leistung für die Stadt anbieten können. Die Zukunft dieser Spitäler muss gesichert sein und das kann sie nur mit einer profitablen Rentabilität. Wir wollen, dass die Spitäler in Zukunft weitere Investitionen aus eigens erwirtschaftetem Erfolg zahlen können. Wir müssen diese Effizienzsteigerungen nun endlich angehen – und zwar ohne Qualitätsabbau. Dass dies möglich ist, zeigen die Erfolgsrechnungen der umliegenden Spitäler. Auch Spitäler, die gute Resultate erzielen, haben dieselben Rahmenbedingungen. Uns beunruhigt die Situation der Spitäler, weil wir die Spitäler erhalten möchten. Das ist aber nicht möglich, wenn wir mit einem EBITA von 3,5 Prozent in die kommende Bereinigung der Spitallandschaft einsteigen möchten. Wenn wir mit einem so tiefen EBITA in die Zukunft schreiten, gibt es kein Geld für zukünftige Investitionen. Diese werden aber notwendig sein, wenn das Waidspital in Zukunft eine attraktive Position in Zürich haben möchte. Bei der Präsentation des Budgets konnten wir feststellen, dass man das Budget zwar ernst nimmt, aber auch, dass sehr vorsichtig budgetiert wurde. Uns konnten keine Bemühungen aufgezeigt werden, den EBITA in Richtung zehn Prozent, wie das marktüblich angepeilt wird, entwickeln zu können. Dieser EBITA wäre notwendig, um die Zukunft sicherzustellen. Das jetzige Budget ist uns zu wenig ambitiös und deshalb unterstützen wir die Kürzung um 2 Millionen.

Dorothea Frei (SP): Bei den beiden Anträgen geht es insgesamt um eine Kürzung von 2,4 Millionen Franken. Das Waidspital hat auf Grund der neuen Situation «Ambulant vor stationär» und dem korrigierten Tarmed-Tarif Massnahmen eingeleitet. Auf der Ertragsseite wird jetzt unterschieden zwischen ambulant und stationär, sodass gute Zahlen da sind, um den Tarmed-Bereich wirklich einschätzen zu können. Das hat auch mich ein

wenig überrascht – auch ich dachte, dass dies schon da sei. Sie haben aber im Trimesterbericht 2017 ausgewiesen, was sie bereits eingeleitet haben. So haben sie beispielsweise 12 stationäre Betten geschlossen und die Fluktuation beim Personal ausgenutzt. Sie haben kein temporäres Personal mehr und sie optimieren den Einkauf von administrativem und medizinischem Material. Zu Tarmed zählen verschiedene Bereiche, einerseits Dialyse, das ganze Labor und die Physio und nicht nur die Tageschirurgie, auf die Sie sich hier stützen. Auf der Ertragsseite hat man einen Wachstumsbereich von Kardiologie und Rheumatologie evaluiert, die ausgebaut wurden. «Ambulant vor stationär» finde auch ich richtig. Wir richten eine Tagesklinik mit schlanken Strukturen ein, die anders funktionieren kann als stationäre Betten. Auf der Aufwandseite wird ein OPS-Management eingeführt, was eine relativ neue Entwicklung ist. Man versucht dabei, die Operationen besser zu koordinieren und grosse Unterbrüche in den OPs zu vermeiden. Es gibt eine Trennung der Operationen vom stationären und ambulanten Bereich. Es sind also bereits im Jahr 2017 verschiedene Massnahmen eingeleitet worden und ich gehe davon aus, dass weitere Verbesserungen stattfinden werden.

S. 65	30 3030 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtpital Waid Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
102.	Antrag Stadtrat				9 936 100 Mehrheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			2 000 000		7 936 100 Minderheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
			Begründung: Angesichts sinkender Erträge im Zuge von «ambulant vor stationär» sind Einsparungen/Massnahmen zur Verringerung des Aufwands vorzusehen, ausserdem basiert die Annahme, dass sich der CMI 2018 trotz «ambulant vor stationär» weiter zu Ungunsten des SWZ entwickeln wird, noch nicht auf hinreichend gesicherten Erkenntnissen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 103.

Wortmeldungen siehe Antrag 102.

S. 72	30 3030 PG 2	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtpital Waid Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
103.	Antrag Stadtrat				4 413 200 Minderheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)

400 000

4 013 200 Mehrheit

Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: TARMED-Änderung wird nur unzureichend durch Einsparungen aufgefangen

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 72 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 104.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Florian Utz (SP): *Ich glaube wir sind uns alle einig, dass die finanzielle Situation der Stadtspitäler nicht nur komfortabel ist. Das muss man weder dramatisieren noch klein reden. Man muss jetzt fragen, woher diese Defizite kommen und wie sie entstehen. Im Triemli sind von den 18,5 Millionen Franken Defizit, die budgetiert sind, 14,5 Millionen Franken Zinszahlungen. Triemli und Waid müssen in die Stadtkasse zwei Prozent Zins auf alle Investitionen, die getätigt und noch nicht refinanziert sind, zahlen. Nächstes Jahr werden es 1,875 Prozent Zinsen sein. Man könnte diesen auf den Zins, der die Stadt selber für langfristige Darlehen zahlt – das sind für 30-jährige Darlehen 0,27 Prozent Zins, für kurzfristige sogar Minuszinsen – reduzieren. Da es sich hier aber klar um langfristige Darlehen handelt, muss man sehen wie viel Zinsen noch gezahlt werden müssten, wenn man den Zinssatz bei 0,3 Prozent festlegen würde. Das würde sogar noch einen kleinen Gewinn für die Stadtkasse beinhalten. Man sieht dann, dass man die Zinslast vom Triemli um 11,3 Millionen Franken senken könnte und die Zinslast vom Waid um 2,3 Millionen Franken – und das für die Stadtkasse saldoneutral. Eine Verbesserung im Triemli und Waid und eine entsprechende Verschlechterung im Finanzdepartement kommen unter dem Strich auf null. Die Lösungen, wie wir das Problem mit der Zinslast angehen können, sind sehr unterschiedlich. Die SVP will, dass man das Stadtspital Triemli und das Stadtspital Waid mindestens teilweise oder sogar voll an die Hirslandengruppe verkauft. Wir von der SP sind der Meinung, dass die lokale Gesundheitsversorgung in lokalen Händen bleiben soll und deshalb Zürich Eigentümerin der Stadtspitäler bleiben soll. Deshalb wollen wir an Lösungen, um das Defizit zu reduzieren, mitarbeiten und wir glauben, dass marktgerechte Zinsen einen Teil der Lösung sind. Es ist uns klar, dass dies nicht die einzige Massnahme sein kann. Es gab schon viele konstruktive Vorschläge, wie beispielsweise die Zentralisierung der Leistungen auf die Kerngebäude innerhalb des Triemlis, die Einsparungen bis zu 5 Millionen Franken bringen kann. Es wurde immer wieder gefragt, was geschehe, wenn die Zinsen wieder steigen. Wenn die Zinsen steigen, dann müssen auch Triemli und Waid mehr Zinsen zahlen, aber alle anderen Spitäler werden das dann auch müssen und bei der Vergütung der Spitäler auch entsprechend berücksichtigt werden müssen. Die AL brachte auch einen konstruktiven Vorschlag, aber ich sehe, dass SP und AL in dieser Frage relativ alleine sind. Ich glaube die Bevölkerung erwartet von uns keine taktischen Spiele, sondern Lösungen und wir präsentieren Ihnen deshalb mit dem marktgerechten Zins einen Teil einer konstruktiven Lösung.*

Peter Schick (SVP): *Der Finanzvorsteher STR Daniel Leupi hat am Mittwoch bei einem Zinssenkungsantrag bereits gesagt, man solle nicht am Räderwerk Zinssatz schrauben, das sei viel zu komplex und habe viele Hintergründe, die wir gar nicht sehen können.*

Dasselbe gilt beim Stadtspital Waid und Triemli. Zu einem solch tiefen Zinssatz, wie der, von dem hier gesprochen wird, gehört Risikoprämie und Bonität dazu. Die Bonität ist bei Schulden von 800 Millionen Franken miserabel. Da sieht man, dass der Zinssatz auf ein Prozent steigt, weil der Investor eine gute Bonität haben möchte. Vom tiefen Zinssatz auf dem Geldmarkt zu profitieren, ist der falsche Weg. Triemli und Waid müssen ihre Aufgaben ohne den Zinssatz machen können. Mit einem Zinssatzgeschenk die Millionen auf die andere Seite zu schieben ist falsch. Deshalb lehnt die Mehrheit den Zinssatz bei 104 für das Waidspital und beim 206 für das Triemli ab.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): *Ich verstehe nicht, warum wir in der Budgetdebatte – nachdem wir verhindern konnten die Debatte über den Strategiebericht zu führen – die eigene Bankrotterklärung der Spitalstrategie zelebrieren möchten. Im Sommer hiess es noch, es laufe alles gut in den Spitälern und man habe alles im Griff. Im Dezember kommt dann plötzlich die Notmassnahme mit Finanzakrobatik, damit das Ganze nicht so schlimm aussieht. Das ist keine konsistente Politik. Seit dem Jahr 2012 weiss man, wie die Finanzierung aussieht und seit dann erwartet die Bevölkerung konstruktive Vorschläge – und nicht erst seit Oktober 2017. Die Frage, welchen Zinssatz die Spitäler an die Stadtverwaltung zahlen müssen, ist problematisch. Der Vergleich mit dem Kinderspital, das davon profitiert, dass es 0,25 Prozent Zinsen zahlt und nicht fast 2 Prozent wie das Triemli oder das Waid, ist schwierig. Das Kinderspital ist eine eigene Organisationseinheit, welche selber Geld aufnimmt und im Markt auftritt. Die Stadt hat ein breites Portfolio mit Geldaufnahmen, die schlussendlich in 2 Prozent resultieren. Da fragt sich schon, welche andere Dienstabteilung mehr zahlen muss, wenn Triemli und Waid weniger zahlen müssen. Die Zinsreduktion kann ein Element einer Sanierung sein, eine Sanierung beinhaltet aber alle Punkte – hier einfach einen rauszugreifen, um damit zeigen zu wollen, dass man sich kümmert, ist kreative Buchhaltung vom feinsten. Man kommt damit ja nicht mal auf null. Ihre Strategie geht hier wirklich nicht auf. Ich erwarte, dass man diesen Sanierungsplan ausarbeitet und ein Gesamtpaket, welches auch die Organisationsform beinhaltet – die durchaus im Eigentum der Stadt Zürich bleiben kann, aber sicher nicht als eine Dienstabteilung – präsentiert. Erst wenn das geklärt ist, kann man sich fragen, was mit den getätigten Investitionen ist, wie man diese umlagern kann und wie die Zinslast künftig sein wird. Vielleicht ist es dann auch nicht mehr nötig, am Zinssatz zu schrauben, um eine Pseudolösung zu zaubern.*

Dr. Pawel Silberring (SP): *Es wurde mehrmals betont, dass die Zinssatzreduktion nicht als einziges Element funktioniert, sondern ein Beitrag zum Ganzen leistet. Nur weil Sie unbedingt eine Rechtsformänderung möchten, können wir doch nicht darauf verzichten, die jetzt nötigen Schritte zu machen. Es sagen ja alle, dass es ein Element der Sanierung sein kann und vielleicht sind wir im Moment noch ein wenig zu früh mit diesem Vorschlag, aber wir machen ihn trotzdem, weil es eben zum Ganzen beiträgt. Die Argumentation der Bonität ist schwierig, weil das Hirslanden zum Beispiel nicht alleine dasteht, wenn es einen Kredit braucht. Hinter dem Hirslanden steht ein Konzern mit seiner Milliarde, auf dessen Zinssatz das Hirslanden hoffen kann. Es gibt mit dem Eishockeystadion bereits einen Präzedenzfall, bei dem die Stadt einen Spezialzins für 40 Jahre, der nicht in die allgemeine Zinsrechnung kam, gewährte. Wenn das für ein Eishockeystadion möglich ist, kann man sich sehr wohl überlegen, ob dies in den städtischen Institutionen, die wirklich in einem harten Wettbewerb sind und die ihre Einnahmen von aussen vorgegeben bekommen, nicht auch möglich wäre.*

Michael Schmid (FDP): *Es ist das einzige Element, welches die grösste Fraktion in diesem Saal vorschlägt. Die Problematik ist seit allerspätstens dem Jahr 2012 bekannt, und seit dann machen Sie nichts anderes als Strukturhaltung und jeder Vorschlag wird*

von Ihnen hintertrieben. STR Claudia Nielsen hat als Gesundheitsvorsteherin nichts Konstruktives gebracht. Ich habe es satt, dass hier immer die Rede vom bösen Hirslanden ist. Das Hirslanden ist genau wie die Stadtspitäler Triemli und Waid ein Spital auf der Spitalliste des Kantons Zürich und erbringt die Leistungen, die es erbringen muss. Der Unterschied ist nur, dass das Hirslanden einen Gewinn erbringt und die Stadtspitäler gigantische Verluste generieren, welche die Steuerzahler zahlen dürfen. Das Feindbild Hirslanden bringt uns definitiv nicht weiter. Als Beispiel könnte man auch das Kinderspital als private Organisation mit Fremdkapitalzinsen nehmen, welches hervorragend unterwegs ist. Aber einfach ein Element herauszupicken, das inhaltlich, strukturell und im Bezug auf die Leistungen des Triemlis gar nichts bringt, ist eine Mogelpackung.

Walter Angst (AL): Sie erzählen hier nur die halbe Wahrheit. Sie wissen ganz genau, dass ein Ergebnisverbesserungsprogramm unterwegs ist, welches ein Volumen von 20 Millionen Franken erzielen möchte. Das ist ein zentraler Teil, um den Betrieb eigenwirtschaftlich zu machen. Es ist ein Fehler, dass man im Jahr 2012 nicht gehandelt hat, als man die veränderten Rahmendbedingungen gesehen hat. In der heutigen Situation hätte man das Bauprojekt nicht gemacht. Es sind heftige Massnahmen, die im Triemli umgesetzt werden. Mit Personalstopp, dem Umbau der ganzen Kliniken, den Streichungen aus Plänen von früher – es ist eine belastende Situation. Jetzt stellt sich die Frage, ob wir dem Stadtrat einen Auftrag geben möchten, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Arbeit, die gemacht wird, in irgendeiner Form mit einer Gegenleistung der Stadt honoriert wird. Beispielsweise jetzt schon zu planen, dass die Gebäude, welche sie nicht mehr brauchen, sofort übernommen werden können. Als zweites könnte man die Ökotarife, die man dem Triemli auferlegt hat, abschaffen und die gemeinwirtschaftlichen Leistungen abgelden. Man muss Rahmenbedingungen schaffen, damit das Triemli atmen kann und die Menschen auch dort bleiben, weil sie eine Perspektive haben. Die dritte Massnahme könnte man sofort ergreifen: die Zinsen. Die Zinsweisung ist ein reines Wunschtheater. Unser Vorschlag hätte einen Rahmen für eine Entlastung geschaffen. Das wären drei Massnahmen, die wir als Gegenleistung, damit das Ergebnisverbesserungsprogramm erfolgreich wird, von der Stadt her anbieten könnten. Es wäre ein Auftrag an den Stadtrat, etwas zu überlegen und proaktiv zu sein. Ob sie auslagern oder nicht, spielt eigentlich keine Rolle – zahlen müssen wir das Triemli und die 500 Millionen Franken zu viel Anlagekosten sowieso. Ihre ökonomische Strategie ist kein Deut besser. Man kann dem Triemli zeigen, dass seine Leistungen honoriert werden. Es braucht auch Massnahmen der Stadtseite, um das zu ergänzen, was das Triemli selber machen will: bis 2019 20 Millionen Franken einsparen. Sie sind auf dem Weg dazu und ich hoffe sie schaffen es, damit wir eine sinnvolle Diskussion über die Gesundheitsversorgung im Jahr 2020 führen können.

Guy Krayenbühl (GLP): Triemli und Waid werden als Dienstabteilungen geführt und das hat – wie bei allen anderen Dienstabteilungen auch – Konsequenzen, wenn sie Geld von der Stadt bekommen. Die Stadt nimmt über Jahre Geld auf und rechnet daraus den Durchschnitt aus. Bei diesen beiden Dienstabteilungen zu korrigieren, ist doch reine Kosmetik. Wir wollen eine Ausgliederung – dies führt dann auch zu anderen Zinsen.

Michael Baumer (FDP): Wir sind der Meinung, dass man jetzt nicht noch eineinhalb Jahre über irgendeine Strategie nachdenken soll, was dann in Zukunft allenfalls sein könnte. André Zemp hat löblicherweise mögliche Massnahmen aufgezeigt, die auch schon eingeleitet sind, um das Defizit tatsächlich zu reduzieren. Es braucht aber am Schluss ein Gesamtkonzept, um von einer Sanierung zu sprechen. Wir wissen noch gar nicht, ob es aus Sicht des Triemlis eine sinnvolle Massnahme ist, die Zinsen zu senken. Die Zinslast in der Budgetdebatte anzupassen ist eine Hauruckübung und saniert rein

gar nichts. Es gibt auch kein Defizit mehr. Es gibt ganz viele Massnahmen, die das Spital richtigerweise eingeleitet hat und es gibt Massnahmen, die jetzt vorgeschlagen wurden, die man gesamthaft betrachten muss. Egal welche Organisationsstruktur – man muss am Schluss auf null kommen. Es nützt dem Triemli und dem Waid nichts, jetzt Finanzakrobatik zu machen und einfach eine Massnahme rauszupicken. Es muss in einem Guss aufgegleist werden, dann kann man für einschneidende Massnahmen auch eine gewisse Zinslast wegnehmen – dies jetzt aber einfach so zu machen, bringt nichts.

Dorothea Frei (SP): *Heute und auch in der Vergangenheit war es definitiv nicht so, dass bei den Spitälern überhaupt nichts geschieht. Heute wollen wir einen grossen Schritt unternehmen – Sie sagen aber, es sei das Falsche und machen nicht mit. Was genau wollen Sie eigentlich? Man sieht die Schritte, die bereits eingeleitet wurden, wie beispielsweise der Turm, der nicht wie geplant saniert wird. Man sieht, wo die grossen Defizite liegen und man hat gesehen, dass man mit der Finanzierung eine ganz andere Ausgangslage hat. Man hätte früher reagieren können, aber jetzt, da man es macht, sagen Sie alles sei falsch und wollen zurück an den Anfang. Wollen Sie dem Triemli den Druck nehmen, damit die jetzt eingeleiteten Massnahmen wirklich durchgeführt werden können, oder wollen sie den Druck auf das Waid und das Triemli aufrecht erhalten, wobei es schlussendlich um ein internes Verrechnen und ein saldoneutrales Spiel geht?*

Florian Utz (SP): *Guy Krayenbühl (GLP) sagte, Triemli und Waid seien Dienstabteilungen und das habe Konsequenzen. Weiter meinte er, man könne tiefere Zinsen prüfen – aber nur bei einer Ausgliederung. Und genau da haben wir von der SP und AL eine andere Haltung. Wir finden, man kann eine Debatte über eine Ausgliederung führen, der Stadtrat wird Traktion einer rechtlich öffentlichen Anstalt vorlegen und dann werden wir sehen, wie diese gestaltet ist und was die Vor- und Nachteile sind. Was die Bevölkerung aber nicht will, ist, dass man schon fast erpresserische Spiele spielt und nur dann marktgerechte Zinsen einführt, wenn die Ausgliederung kommt. Die Bevölkerung will konkrete und konstruktive Lösungen. Man sagt ja, es sei möglich und sogar sinnvoll die Zinsen zu senken. Machen wir das doch jetzt und danach können wir gerne über die Frage der Ausgliederung oder Nichtausgliederung diskutieren. Aber machen wir das doch nicht von der Frage der Zinsen abhängig, sondern leisten wir heute einen konstruktiven Beitrag, um eines der Teilprobleme zu lösen. Die anderen Massnahmen sind unterwegs, aber konstruktive Politik macht doch genau diese Verknüpfung nicht, dass man nur dann einer Lösung Hand bietet, wenn dafür in einer anderen Frage das kommt, was man möchte – in diesem Fall die Ausgliederung.*

Walter Angst (AL): *Es wurde heute von unterschiedlichen Zahlen gesprochen und ich möchte hier gerne Klarheit reinbringen. Michael Baumer (FDP) sprach von 30 Millionen Franken Defizit. Ich sprach über das Triemli, das ein Defizit von 18 Millionen Franken und ohne Zusatzabschreibungen ein Defizit von 14 Millionen Franken hat während sie noch zusätzlich 20 Millionen Franken einsparen möchten. Ihr habt behauptet, das sei dann immer noch im Defizit. Wenn wir Massnahmen ergreifen würden, die das Triemli entlasten würden, könnten sie die Rückstellungen machen, um ihre zwingenden Investitionen für die Konzentrationsstrategie zu finanzieren. Bitte bleiben Sie bei den Zahlen genau und attestieren nicht den anderen fehlende ökonomische Vernunft während sie selber mit Zahlen argumentieren, die gar nicht stimmen.*

Michael Schmid (FDP): *Es stimmt nicht, dass wir uns gegen die Massnahmen der neuen Direktion des Triemlis, die Dorothea Frei (SP) aufgezählt hat, wenden. Es ist nämlich höchste Zeit für diese Massnahmen, sie werden aber alleine sicher nicht genügen. Es wird auch strukturell Massnahmen brauchen. Es gibt im Kanton Zürich kein Spital mehr, das als Dienstabteilung geführt wird. Der grundsätzlichen strukturellen*

Diskussion wird sich auch die SP in den nächsten Monaten nicht entziehen können. Ich weise aber zurück, dass wir bereits skizzierte Massnahmen kritisieren. Es ist noch keine zwei Monate her, da hat man dem Gemeinderat die Weisung zur Sanierung des Turms für über 100 Millionen Franken vorgelegt. Heute weiss man, dass das absolut falsch gewesen wäre. Das zeigt doch, dass diese Prozesse so nicht funktionieren können.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: *Es wurde viel von Wettbewerb gesprochen, aber Sie wissen doch alle, dass es sich nicht um einen richtigen Wettbewerb handelt. Wenn man aber den Wettbewerb als Argument hinzuziehen möchte, muss man sehen, dass es in der Schweiz kein anderes Spital gibt, das alle Investitionen und Kreditoren auf Kontokorrent bei der Finanzverwaltung hat und mit 2 Prozent verzinst. Man kann das gut finden oder nicht, es ist aber etwas, was die Stadt im Sinne einer Sofortmassnahme zur Entlastung beitragen könnte. Dies neben den verschiedenen Millionenblöcken, welche die Stadtspitäler aus eigener Anstrengung beitragen. Sie haben eigentlich alle gesagt, man könne das diskutieren. Es sind sich auch alle einig, dass eine Reduktion auf ein marktübliches Zinsniveau alleine sicher auf lange Sicht nicht reichen wird. Es braucht verschiedene Massnahmen. Aber zu sagen, es sei gar nichts passiert, stimmt nicht. Wenn sie den Vergleich mit der Hirslanden hinzuziehen, wissen Sie auch, dass die Hirslanden 75 Prozent Zusatzversicherte hat. Damit kann die Klinik quersubventionieren. Bei den Stadtspitälern sind es 20 Prozent und sie behandeln alle Menschen – überdurchschnittlich viele über 80-Jährige und Kinder. Das sind Behandlungen, die sich nicht rechnen. Diese Fragen wird sich der Gemeinderat noch stellen müssen.*

S. 61	30 3030 Saldo	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtspital Waid Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
104.	Antrag Stadtrat			14 349 000	Mehrheit
		2 300 000		12 049 000	Minderheit
					Enthaltung
		Begründung: Die Stadt Zürich soll vom Stadtspital Waid nur so viel Zinsen verlangen, wie sie selbst derzeit auf dem Kapitalmarkt bezahlen muss			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 105.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): *Bei der Produktgruppe 2 vom Stadtspital Triemli stellen wir den Antrag für eine Saldoverbesserung um 2 Millionen Franken. Auch wenn die Revisi-*

on des Tarmeds zu tieferen ambulanten Erträgen führt, muss durch entsprechende Anpassungen auf der Kostenseite der Fehlbetrag verbessert werden. Bei einem Aufwand, der in den letzten Jahren um über 10 Prozent auf 141 Millionen Franken angestiegen ist, gibt es verschiedene Einsparungsmöglichkeiten. Damit das Triemlihospital aus der Schuldenspirale rauskommt, müssen weitere Sparmassnahmen getroffen werden, die den Saldo um mindestens 2 Millionen Franken verbessern.

Walter Angst (AL): Wir sind uns einig, dass es nicht sinnvoll ist, dem Triemli nochmals 2 Millionen Franken wegzunehmen, um entweder einen Globalbudgetantrag zu formulieren, der dann vielleicht auch wieder nicht durchkommt, oder mit einer Rechnung negativ abzuschliessen. Bei diesen Rechnungen sind die Tarmedanpassungen mit drin. Die zusätzliche Daumenschraube, die man aufsetzt, ist in der jetzigen Situation des Triemlis nicht sinnvoll, weil die Ergebnisverbesserungsprogramme am laufen sind.

Weitere Wortmeldungen:

Elisabeth Schoch (FDP): Wir sind gegen die Budgetkorrektur, weil wir den Druck aufs Triemli nicht noch weiter erhöhen möchten. Aber auch dieses Spital ist mit einem Resultat – vor Abschreibungen und Zinsen – von 4,8 Prozent noch nicht genügend gut aufgestellt. Wir sehen aber, dass die neue Direktion Massnahmen ergreift, die in die richtige Richtung gehen. Wir hören auch seit einigen Monaten nicht mehr, dass der Kanton unfaire Tarife gibt oder dass die vulnerable Bevölkerung die Rechnung belastet. Wir sehen, dass tatsächlich Massnahmen vorgestellt und Rechnungen präsentiert werden, bei denen man nachvollziehen kann, dass in die richtige Richtung gearbeitet wird. Wir haben das Vertrauen, dass mit der neuen Direktion die richtigen Weichen gestellt werden und deshalb verzichten wir hier auf die Kürzung. Die Bemühungen der Direktion werden aber nicht ausreichen, es braucht auch Weichenstellungen aus dem Stadtrat. Wenn es aber 12 Monate dauert bis wir die Strategie begleiten können, bin ich der Meinung, das dauere zu lange und hoffe, wir werden vorher sehen, in welche Richtung es gehen wird.

S. 91		30		GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT		
		3035		Stadtspital Triemli		
		PG 2		Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo		
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
105.	Antrag Stadtrat			11 062 500	Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
				3 045 200	N	
		2 000 000		12 107 700	Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)
		Begründung: Die Anpassungen beim TARMED werden nur ungenügend durch Einsparungen aufgefangen				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

